Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 17 (1923)

Heft: 2

Artikel: Französische Stimmen

Autor: Gounelle, E. / Internationale Frauenliga für Friede und Freiheit (französischer Zweig)

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-135032

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Französische Stimmen

I.[1])

Das Summum jus ist nicht immer das wahre Recht. Und Frankreich, das Land des Masses, weiss dies besser als irgend jemand. Warum denn also diese Entfaltung militärischer Kräfte für Operationen, von denen man erklärt, sie werden wenig einbringen? Um was für «moralischer» Satisfaktionen willen, die sich sehr wohl als verfehlte Rechnungen erweisen könnten? «Man begreift wahrhaftig nicht,» ruft Marc Sangnier aus, «dass ein Mann von der intellektuellen Bedeutung des Herrn Poincaré so kurzsichtig sein und in derartige psycholgische Irrtümer verfallen kann.» (La jeune République, 19. Januar.) — «Ich sähe es mit Beunruhigung, wenn Frankreich die Ruhr besetzen würde,» hat der verstorbene A. Ribot in seiner letzten Rede im Senat am 29. Dezember gesagt.

Gewiss verdient das Deutschland, das so viele unsühnbare Verbrechen begangen und, wie wir es mit unsern eigenen Augen gesehen haben, unsern ganzen Norden zerstört hat, alles, was ihm zustösst. Wir bestreiten weder die allgemeine Schuld der Zentralmächte am Ursprung des Krieges, noch Deutschlands Verbrechen während des Krieges, noch seinen empörenden schlechten Willen in Bezug auf die Zahlungen und Reparationen, noch die Notwendigkeit für Frankreich, bezahlt zu werden, noch unser Recht, im Ruhrgebiet die Kohlen zu requirieren, die wir in den zerstörten Mienen des Nordens nicht mehr finden! Aber eine grossherzige Gerechtigkeit hat nicht nur den zu erreichenden Zweck im Auge, sie zeigt sich auch in den angewendeten Mitteln.

Mit dem Ingenieur Victor Cambon, einem der besten Kenner Deutschlands, der von der Ruhrbesetzung abgeraten hat, weil der Besitz von Duisburg und Ruhrort genügten, um eine Zollabgabe für das ganze Ruhrbecken einzurichten; mit Ferdinand Buisson, dem unbescholtenen Gewissen, das die Liga für Menschenrechte regiert; mit dem mutigen, patriotischen und pazifistischen Marc Sangnier, mit Herriot u. a. ziehen wir einer Politik der bewaffneten Gewalt, die uns zum Kriege führen kann, eine vorsichtige und feste Politik vor, die, ehe sie zu den Waffen griffe, das Schiedsgericht des Völkerbundes anriefe, um Deutschland zuerst einmal durch die Rechtsprechung und, wenn möglich, durch die Abstimmung der Völker zu dem zu zwingen, was es uns schuldet.

Wer würde nicht der Gefahr eines neuen grossen Krieges der Völker die friedliche, weil rechtliche Lösung des Völkerbundes vorziehen, und,

[1]) Wir freuen uns ganz besonders, aus dem Januarheft von «Christianisme Social» diese Aeusserung von Elie Gounelle wiedergeben zu dürfen. die die ganze hochherzige Art unseres Freundes und seiner Gesinnungsgenossen kundtut. In der Form noch schärfer spricht sich gegen die Ruhraktion die von Charles Gide herausgegebene Genossenschafts-Zeitschrift «L'Emancipation» aus (z. B. die Januarnummer).

wenn der bestehende Bund nicht ausgedehnt genug ist und nicht genügende Gewähr bietet, die Lösung durch einen neuen grossen Völkerbund, an dem Amerika teilnähme?

Und endlich muss gesagt werden, dass das Recht nicht alles bedeutet für ein menschliches Frankreich und für christliche Kirchen.

E. Gounelle

II.

Brief des französischen Zweiges der internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit an die Mitglieder des deutschen Zweiges.

Liebe Freunde!

Seit wir uns nach den Leiden des Krieges in jenem ergreifenden Zürcher Kongress wiederfanden, haben wir in der gleichen Richtung gearbeitet und oft miteinander gehofft. Es schien, als ob die Woge des Hasses aufgehalten wäre, als ob von allen Seiten die Aufforderungen zur Versöhnung gehört würden. Der Groll der Franzosen besänftigte sich; in Deutschland schien die Revanche-Partei durch die fortschreitende Entwicklung der Friedenspartei eingedämmt zu werden. Aber die Folgen des Krieges und der Friedensverträge haben sich weiterentwickelt, und die Politik der Schieber aller Länder und der verblendeten Nationalisten hat den Völkern so viel Schaden zugefügt, dass wir in einer gefahrdrohenden Stunde der Krisis dastehen als die ohnmächtigen Zeugen des Wiederanwachsens des Kriegsgeistes.

Es liegt uns daran, Euch zu sagen, dass wir die Gleichen geblieben sind, dass wir unsere Hand allen Schwestern der ganzen Welt reichen, die trotz der Prüfung, die diese dunklen Tage für die Pazifisten aller Länder bedeuten, an die Möglichkeit und an den Wert der menschlichen Einheit glauben.

Es liegt uns daran, Euch zu sagen, dass wir in dem Masse unserer Möglichkeiten handeln. Als Gegner sowohl der Gewaltmethoden wie einer Politik der nationalen Isolierung haben wir von unserer Regierung und — im Verein mit unsern englischen Freunden — von allen, die denken wie wir und gleich vorgehen könnten, gefordert, dass eine internationale Wirtschaftskonferenz einberufen werde, die alle Nationen ohne Ausnahme umfasste, eine Konferenz, wo die Frage des europäischen Wiederaufbaus gelöst werden sollte, von der das Wiedergutmachungsproblem nicht getrennt werden dürfte.

Glücklicherweise gibt es Franzosen, die, ohne Internationalisten wie wir zu sein, die Politik des nationalen Blockes verurteilen und die Versöhnung aller Völker in der Arbeit für einander und in gemeinsamem Wiederaufbau wünschen. An sie wenden wir uns ohne Unterlass in der Hoffnung, dass sie sich ihrer Kraft bewusst werden, dass sie handeln werden, dass ihre Zahl gerade in Folge der Ausschreitungen der reaktionären Parteien

wachse. Wir zählen auch als auf eine Hilfe auf die würdige Haltung des deutschen Volkes, auf sein geduldiges Ausharren in der Weigerung, Gewalt mit Gewalt zu beantworten.

Seid versichert, liebe Freunde, dass wir von ganzem Herzen uns schwesterlich verbunden fühlen mit Euch in der Hoffnung auf die Kräfte des Friedens, die trotz allem über den Hass und den Krieg triumphieren werden.

Der französische Zweig der J. F. F. F.

III.

Eine internationale Lösung der Reparationenfrage.

Das Folgende ist ein Auszug aus einem Briefe, den die Vizepräsidentin der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit, Miss Marshall, im Verein mit der Sekretärin, Mrs. Ramont, und dem französischen Mitglied des Zentralvorstandes, Mme. Duchêne, an Poincaré gerichtet hat.

«Die Internationale Frauenliga für Friede und Freiheit hält dafür, dass alle Nationen eng miteinander verbunden sind, und dass, um die Welt vor dem drohenden Ruin zu retten, man die internationalen Beziehungen auf ganz neuen Grundlagen des guten Willens und der Zusammenarbeit aufbauen muss. Als ebenso Gegnerin der Gewaltmethoden einerseits und einer Politik der nationalen Isolierung anderseits stellt sie fest, dass die Reparationenfrage nicht gesondert betrachtet werden kann, sondern als Bestandteil des allgemeinen Problems des Wiederaufbaus angesehen werden muss und empfiehlt eine auf internationale Zusammenarbeit gegründete Lösung. Eine internationale Anleihe, die von allen Nationen nach dem Masstabe ihres wirklichen oder potentiellen Kredites gewährleistet würde (Goldreserve, Minenlager, Bodenfrüchte, seien es die tatsächlich vorhandenen oder Produktionsmöglichkeiten, Arbeitskräfte, Kaufkraft) führte nach den best unterrichteten Nationalökonomen zu der raschen Wiederherstellung Europas.

Die Haager (Frauen-) Delegation hat im Laufe ihrer Reise durch Europa und in den Unterhandlungen, die sie mit den einflussreichsten Persönlichkeiten der politischen Welt und der Finanzwelt, sowie mit den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft pflog, den praktischen Wert dieser Vorschläge diskutiert und die Ueberzeugung erlangt, dass ein grosser Teil der öffentlichen Meinung eine internationale Lösung des Problems auf Grundlage der folgenden Bedingungen für möglich hält:

1. Die Frage der Wiedergutmachung ist einem internationalen unparteiischen Gerichtshof zu unterbreiten.

2. Die Frage ist nicht für sich, sondern als ein Teil des umfassendern Problems des Wiederaufbaus Europas zu behandeln.

3. Die Besatzungsarmeen sind zurückzuziehen.

Wenn es auch eine Sache der Gerechtigkeit ist, dass Frankreich für den Wiederaufbau erhalte, was ihm zukommt, so ist sicher weder die Besetzung

im allgemeinen noch die Besetzung der Ruhr im besonderen das beste Mittel, um Frankreich zu verschaffen, wessen es bedarf. Es ist ein sehr kostspieliges Mittel. Die Anwendung von Gewaltmitteln, die die unausbleibliche Folge des unausbleiblichen Widerstandes Deutschlands ist, lässt das Vorgehen Frankreichs im Ausland als eine Bedrohung des Weltfriedens empfinden, treibt Frankreich in eine bedauerlich isolierte Haltung hinein und verringert die zeitweilig so günstigen Aussichten auf einen Schuldenerlass der Vereinigten Staaten und Englands gegenüber Frankreich.

Eine internationale Anleihe hingegen gäbe Frankreich die Gewähr für Bezahlung, erfasste die ganze Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die bis dahin zum grossen Teil dazu verwendet wurde, die Besatzungskosten und die militärischen Ausgaben zu decken, erlaubte, die Gelder der deutschen Grosskapitalisten zu erreichen, die im Ausland angelegt sind, führte wahrscheinlich zu einer Regelierung der interalliierten Schulden, höbe die Valutakrisis auf und würde den Handel wiederbeleben, indem es den Völkern ihre Produktionskraft und ihre Kaufkraft wiedergäbe. Ja, auch die im Ausland angelegten französischen Gelder würden sofort im Werte steigen.»

* * *

Die I. F. F. F. schliesst wie folgt:

«Wir haben uns bis dahin nicht auf die Gründe der höheren Gerechtigkeit und der Menschlichkeit berufen, die zugunsten einer Zusammenarbeit im Geiste eines ehrlichen guten Wollens sprechen. Wir sind aber überzeugt, dass, wenn Frankreich auf die Gewaltmittel, die es anwendet, um seine Forderungen zu unterstützen, verzichtete, indem es seinen festen Willen kundtäte, sich einer gerechten internationalen Regelung der umstrittenen Fragen zu unterziehen, es in Deutschland den guten Willen und in der übrigen Welt die Sympathie erwachen sähe und überall den Wunsch nach Versöhnung und wahrem Frieden beobachten könnte.

Wir glauben, dass aufgezwungene Gewalt Widerstand und Rachegeist weckt, dass aus diesem Widerstand eine endlose Kette von Vergewaltigungen und Kriegen hervorgeht, die in nichts anderem als in dem vollkommenen Untergang Europas enden können, aber dass, wenn schon das Böse nur das Böse gebiert, es doch möglich ist, durch einen vernünftigen und grossmütigen Akt die verhängnisvolle Kette zu unterbrechen.»

Rundschau

Die Abstimmung über das Stimm- und Wahlrecht der Frauen in Schule, Kirche und Armenwesen, die am 18. Februar im Kanton Zürich stattfand, gehört ähnlich wie jene vor drei Jahren zum Betrübendsten, was wir in diesen Zeiten an unserm Volke erlebt haben, und das will viel heissen. Mit rund 76,000 gegen 28,000 Stimmen ist den Frauen die Mitarbeit als Bürgerinnen an den Aufgaben des Armen-, Schul- und